

# Merseburger Kreisblatt



**Abonnementspreis:** Vierteljährlich bei den Aus-  
trägern 1,20 Mk., in den Ausgabeheften 1 Mk., beim  
Postbezug 1,50 Mk., mit Beleggeld 1,92 Mk. Die  
einzelne Nummer wird mit 15 Pf. berechnet. —  
Die Expedition ist an Wochentagen von früh  
7 bis abends 7, an Sonntagen von 8<sup>1/2</sup> bis 9 Uhr  
geöffnet. — **Sperrfrist** und der Redaktion abends  
von 6<sup>1/2</sup> bis 7 Uhr — Telephonnr. 274.

**Zustellensgebühren:** Für die 6 gelappten Korpus-  
seite oder deren Raum 20 Pf., für Privat- in  
Merseburg und Umgegend 10 Pf. Für peripatrische  
und größere Anzeigen entsprechende Ermäßigung.  
Komplizierter Satz wird entsprechend höher berechnet.  
Anzeigen und Stellen an außerordentlichem  
40 Pf. — **Einmalige Annoncen-Bureau** nehmen  
Anzeigen entgegen. — Telephonnr. 274.

## Tageblatt für Stadt und Land

(Amtliches Organ der Merseburger Kreisverwaltung und Publikations-Organ vieler anderer Behörden.)

Für die Redaktionen verantwortlich: Rudolf Heine.

Gratisbeilage: „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Druck und Verlag von Rudolf Heine, Merseburg

Der Nachdruck der amtlichen Bekanntmachungen und der Merseburger Lokalnachrichten ist ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Nr. 71

Wittwech, den 25. März 1914.

154. Jahrgang

### Freikonfessioneller Delegiertentag in Berlin.

Berlin, 23. März.

Unter Beteiligung zahlreicher Delegierter aus dem ganzen Reich hielt am Sonnabend und Sonntag die Reichs- und Freikonfessionelle Partei eine Ausschussung im Reichstag ab, die von Freiherrn von Zedlitz geleitet, hauptsächlich der Frage eines Parteiprogramms gewidmet war. Den Geschäftsbericht erstattete der Abgeordnete von Dewitz. Nachdem er der Toten, besonders des Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts von Bitter, gedacht hatte, besprach er die Tätigkeit der Partei im Reichs- und Landtag. Daran schlossen sich nähere Mitteilungen über die fortschreitende Organisation der Partei, besonders auch in den außerpreussischen Staaten. In den Bericht knüpfte sich eine lebhaft ausgeführte, die eine vollkommene Übereinstimmung in allen wesentlichen Punkten ergab.

Der Gesamtvorstand nahm einstimmig die neuen Satzungen für die Wahlvereine der Partei an, in denen die einzelnen Organe des Vereins fester umrissene Funktionen erhalten und die Grundzüge des Zusammenarbeitens mit den Organisationen im Lande und mit den parlamentarischen Fraktionen festgelegt werden.

Den Hauptgegenstand der Verhandlungen bildete schließlich die Frage der Aufstellung eines vollständigen Parteiprogramms. Fast einhellig wurde die Ansicht kundgegeben, daß eine in alle Einzelheiten gehende programmatische Erklärung mehr eine Fessel sein würde als ein dauerhaft passender Rahmen für die fortschreitende Entwicklung der politischen Aufgaben. Daher wurde ein detailliertes Parteiprogramm abgelehnt, aber der Hauptausschuß beauftragt, Leitsätze für ein Aktionsprogramm vorzubereiten, die der künftigen näheren Ausgestaltung vorbehalten sind.

### Reichstag.

Berlin, 23. März.

Der Reichstag nahm heute ohne Debatte das Gesetz, betreffend die Verlegung der deutsch-russischen Landesgrenze vom Memelstrom bis zum Rißfließ in erster und zweiter Lesung, sowie das Gesetz über die Folgen der Verhinderung wechselseitiger gerichtlicher Handlungen im Ausland in dritter Lesung an. Ferner wurde ohne längere Aussprache das Staatsgesetz mit einem Antrage angenommen, durch den die neuen Stellen für die Postverwaltung bereits in diesem Notgesetz bewilligt werden. Nach Erledigung mehrerer Rechnungssachen folgte die zweite Beratung des Nachtragssetzes zum Neubau des Militärlabors. Der Sozialdemokrat Süßlen wandte sich gegen die in der Budgetkommission zustande gekommene Einigung; bekämpfte das Vorgehen der Regierung, die von Anfang an zielbewußt das Budgetrecht des Reichstages ausgeschaltet habe, in so scharfer Form, daß ihn Präsident Dr. Kaempff ersuchte, sich zu mäßigen.

### Abgeordnetenhaus.

Berlin, 23. März.

Die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Erweiterung des Stadtkreises Köln (Eingemeindung von ... und Mülheim a. Rh. wurde fortgesetzt.

Die Vorlage wurde der verstärkten Seinskommission überwiesen.

Der Antrag Windler und Genossen (Kons.) auf Einführung eines sogenannten Notparagrafen in den Staatsgesetzentwurf wurde in zweiter Beratung der Budgetkommission überwiesen.

Das Haus trat sodann in die erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger vom 2. Juli 1900 ein.

Die Fürsorgeerziehung soll nicht erst dann eintreten, wenn das Kind verwaorhrt ist, sondern schon, wenn es infolge mangelhafter Erziehung durch den Vater stützlich gefährdet ist; auf die Unterbringung der Zöglinge in Familien soll nach Möglichkeit Bedacht genommen werden.

Minister des Innern von Dallwitz: Der wesentliche Zweck des Gesetzentwurfs ist, der Verwahrlosung der Minderjährigen vorzubeugen. Infolge der Rechtspredung des Oberverwaltungsgerichts besteht jetzt die Gefahr, daß während des langwierigen Instanzenzuges der Armenverbände aus dem gefährdeten ein wirklich verwaorhtes Kind wird. Bezüglich der Kostenpflicht der Armenverbände wird durch die neue Fassung des Gesetzes die Zweispieltigkeit der Rechtspredung des Oberverwaltungsgerichts beseitigt.

Nachdem auch die Redner der anderen Parteien ihre Zu-

stimmung erklärt hatten, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, die Kommissionsberatung verlangten, wurde der Gesetzentwurf in zweiter Lesung angenommen.

Die Etats des Staatsministeriums, der Oberrechnungskammer und des Gesetzsammlungsamtes in Berlin wurden debattellos angenommen, bei letzterem ein Antrag von Strombeck (Ztr.), die Regierung um Herstellung billiger Volksausgaben von neuen, wichtigen Gesetzen zu eruchen, abgelehnt.

Vor Eintritt in die Beratung des Etats des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten stimmte das Haus dem Präsidenten darin zu, daß, gemäß Anregung des Seniorentenonten, in der Spezialberatung nur Angelegenheiten besprochen werden sollen, die mit den einzelnen Staatsposten zusammenhängen, allgemeine Ausführungen sollen nur in der allgemeinen Beratung erster und dritter Lesung zulässig sein.

Abg. Dr. Wendlandt (Radik.): Der ehemals preussische Wald am südwestlichen Abhang des Thüringer Waldes ist nach 1866 dem Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha als Geschenk König Wilhelms I. mit allen Rechten und Verpflichtungen betreffend Lieferung von Kohlschl, Streu und Zugschl zu den Steinofenmagazinen der Kleinfeuerarbeiter übermacht worden. Den Benutzern von Rotherde ist die Benutzung der Waldgrasplätze der Hirche wegen, im Widerspruch mit dem Staatsvertrag zwischen Preußen und Coburg vom Jahre 1869, unterjagt. Die 200 dort gehaltenen Hirche sind nicht eingezatet. Auf den schönen Waldwiesen des Dorfes trißt das gottatliche Wild alle guten Gräser und Früchte ab und verunreinigt die Acker durch seine Losung. Das alte, kirchliche Wildschadengesetz ist den Benutzern ungunstig. Wir müssen also das Ministerium des Außern eruchen, mit der Coburgischen Regierung wegen Eingatterung in Erfüllung des Staatsvertrages zu verhandeln, damit die fleißigen, kleinen Eisenindustriellen, die sich in harter Arbeit am Ambos ihr kärgliches Brot verdienen und zugleich Landwirte sind und sein müssen, nicht um den genügenden Lebensunterhalt gebracht werden.

Der Etat wurde genehmigt.

Beim Etat der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse bemerkte

Abg. Dr. von Kries (Kons.): Die preussische Zentralgenossenschaftskasse bewegt sich in aufsteigender Linie. Die Kreditgewährung hat auch unter den schwierigsten Verhältnissen in ausreichender Weise stattgefunden. Dem Bestreben weiter Kreise, das Genossenschaftswesen im Reich zu zentralisieren, können wir nicht zustimmen. Wir bedauern, daß durch die Gründung einer Provinzialgenossenschaftskasse in Königsberg ein feindliches Verhältnis zum Raiffeisenverband geschaffen worden ist. (Beifall rechts.)

Abg. D r i e l : Auch wir wünschen nicht, daß die preussische Zentralgenossenschaftskasse sich zu einer Reichsgenossenschaftskasse auswächst. Es ist jetzt der Antrag gestellt worden, dem Raiffeisenverband das Revisionsrecht zu nehmen. Das freie Genossenschaftswesen darf aber in keiner Weise beschränkt werden.

Unterstaatssekretär Michaelis: Die Befürchtungen, daß die Zentralgenossenschaftskasse zu einer Reichsgenossenschaftskasse sich entwickeln könnte, sind nicht stichhaltig. Die Revision der Raiffeisenkasse hat ergeben, daß bei dieser Kasse eine Überpannung des Kredits stattgefunden hat, was eine Gefahr für die wirtschaftliche Lage dieser Genossenschaft bedeutet. Der neue Revisionsverband in Ostpreußen ist bestrebt, alles zu vermeiden, was zu einer Verschärfung des Kampfes unter den Genossenschaften führen kann. Wir tun alles, was möglich ist, um das Genossenschaftswesen zum Gedeihen zu bringen, und stehen dem Raiffeisenverband durchaus freundlich gegenüber.

Abg. Dr. Crüger (Fortschr. Vpt.): Wir können es nicht billigen, daß die Zentralgenossenschaftskasse mit außerpreussischen, namentlich süddeutschen Genossenschaften in Verbindung tritt. Ebenso wenig, daß der Raiffeisenverband in Ostpreußen wegen Kreditüberpannung das Revisionsrecht entzogen werden soll. Wo kommt Kreditüberpannung nicht vor? Wir fordern, daß die wirtschaftliche Selbständigkeit der Genossenschaften erhalten bleibt. Auch wo die Preussische eingegriffen hat, sind Verluste vorgekommen. Wenn die Staatsregierung als Richter über die Genossenschaften aufträte, so würde die Entwicklung des Genossenschaftswesens beeinträchtigt. (Beifall links.)

Unterstaatssekretär Michaelis: Wir haben durchaus keine Bedenten gegen gut fundierte, privatkapitalistisch-genossenschaftliche Vereinigungen. Gerade jetzt stehen viele Ge-

nosenschaften auf sehr schwacher Basis. Nicht jede Kreditüberpannung führt zur Entziehung des Revisionsrechts.

Abg. Schulz-Walken (Freikons.): Die Stellungnahme gegenüber dem Raiffeisenverband bedeutet geradezu eine Gernerkschaft.

Abg. Dr. Frachbender (Ztr.): Das Revisionsrecht muß in den Händen der Genossenschaften bleiben, damit ihr Verantwortlichkeitsgefühl gestärkt wird.

Präsident der Zentralgenossenschaftskasse Dr. Heiligensfeldt: Mit der Liquidation der Reichsgenossenschaftskasse hat die Preussische nichts zu tun, sie hat sie aber mit Rat und Tat unterstützt. Die Staatsaufsicht der Preussische bedeutet keine Einwirkung auf die Organisation des Genossenschaftswesens, keine freundliche oder feindliche Stellung gegenüber den Genossenschaften. Auf unser Verhältnis zu den süddeutschen Staaten will ich nicht eingehen. Verluste hat die Preussische nicht erlitten. Der Abg. Crüger hat seine Vorwürfe noch nicht bewiesen, daß wir ein falsches System und eine falsche Zinspolitik hätten. Ebenso unbegründet ist der Vorwurf einer ungenügenden Kreditgewährung. Wir streben, die Genossenschaften selbständig und im Interesse des Mittelstandes nutzbar zu machen. (Beifall.)

Nach weiterer, unwesentlicher Debatte wurde der Etat der Zentralgenossenschaftskasse genehmigt.

Nächste Sitzung Dienstag: Etat der Ansiedlungskommission.

### Ungünstige Finanzlage im Reiche.

Offizios schreiben die „Berl. Post. Nachr.“: Der Abschluß des laufenden Etatsjahres im Reiche wird ein gegenüber dem Abschluß des Etatsjahres 1912 wesentlich verändertes Bild zeigen. Während das Etatsjahr 1912 die in dem Nachtragsset dieses Jahres in Höhe von 45 Millionen angenehme Mehreinnahme aus den Zöllen und Steuern nicht nur gerechtfertigt, sondern um etwa das Doppelte übertroffen hat, werden aller Voraussicht nach die Einnahmen des Reiches im laufenden Rechnungsjahr ziemlich genau um den gleichen Betrag, um den in dem Nachtragsset für 1913 die etatsmäßigen Einnahmen heraufgesetzt sind, hinter dem Vorausschlag zurückbleiben. Bei diesem voraussichtlich zu erwartenden Ergebnis hat auch bereits die mutmaßlich günstige Gestaltung der Bankeneinnahmen entsprechende Berücksichtigung gefunden. Aber weder diese Mehreinnahme noch die Vereinnahmungen auf Grund des sogenannten 13. Monats können den starken Ausfall wettmachen, mit dem bei den Einnahmen aus den Zöllen, nicht zuletzt infolge der Wirkungen des Einfuhrschuttsystems leider gerechnet werden muß. Der ungewöhnlich hohe Ertrag über den etatsmäßigen Monatsanteil hinaus, den die Zölle im Monat Januar erbracht haben, darf nicht zu falschen Schlüssen führen. Der Februar hat wieder einen Ausfall von fast 10 Millionen gebracht, und eine starke Überschreitung des nach dem Etat sich ergebenden Monatsdurchschnitts ist für den letzten Monat des laufenden Rechnungsjahres ganz sicher nicht zu erwarten. Wenn aber, wie zu befürchten ist, auch im März neue Ausfälle gegenüber dem auf 60.1 Millionen sich belaufenden etatsmäßigen Monatsdurchschnitt der Zolleinnahmen eintreten, wird mit einem Mindeerauskommen von mindestens 30 Millionen gerechnet werden müssen.

Da auch die Reichsfinanzverwaltung den Etatsanfang schwerlich erreichen wird und auf der anderen Seite die zu erwartenden Mehreinnahmen aus Zöllen, Steuern und Gebühren dem Gesamt der zu gewärtigenden Ausfälle ungefähr gleichkommen werden, glaubt die Reichsfinanzverwaltung mit einem Mindeerergebnis von mindestens 15—20 Millionen gegenüber den Vorausschlägen rechnen zu sollen. Es ist das eine Perspektive, die die gegenwärtige Lage der Reichsfinanzen in bemerkenswerter Weise beleuchtet und hoffentlich dazu dient, die Wünsche und Hoffnungen, die auf Beschnidung oder gänzliche Abschaffung bestimmter Reichseinnahmen gerichtet sind, endgültig zum Schweigen zu bringen.

### Freiwillige Stichwahlparole für Borna.

Die bürgerlichen Demokraten haben auch für die Nachwahlen zum Reichstage seit dem Jahre 1912 die Parole beibehalten: Gegen rechts, gleichviel, wer links steht.

Mit Bezug auf die bevorstehende Stichwahl in Borna schreibt jetzt das „Berl. Tagbl.“:

Es läßt sich aus Dresden die Ansicht, „sehr angelehener fortgeschrittlicher Parteifreie“ melden, die sich natürlich im Sinne des „Berliner Tageblatts“ äußern: „... Man wolle der Parteilosung keinen Vorwurf machen, wenn sie in Borna-Pegau keine Wahlparole gegen Herrn von Liebert ausbebe, sie könne

nicht anders. Aber es wäre eine äußerst kurzzeitige politische Taktik, heute in diesem Kreise nicht auch den letzten liberalen Wähler einzulassen, um die Rückkehr eines Mannes wie Liebert in den Reichstag unter allen Umständen zu verhindern. Nach uns zugehenden Mitteilungen hofft man unbedingt, daß trotz der Nichtausgabe einer Wahlparole bei den wolkparteilichen Wählern des Kreises sozial Verhältnisse für die politische Lage zu finden sein wird, um unbehindert durch das Mißfallen aller Reaktionen und trotz grundsätzlicher Bekämpfung des sozialdemokratischen Parteiprogramms der Lage entsprechend für den Sozialdemokraten einzutreten.

Der Freisinn, die „Vorfrucht der Sozialdemokratie“, hat auch aus den bitteren Erfahrungen der letzten Reichstagsjahre wählen, die die Reihen ihrer Anhänger als sehr gelichtet zeigten, anscheinend nichts gelernt.

Deutsches Reich.

Berlin, 23. März. (Hofnachrichten.) Kaiser Wilhelm hat heute nachmittag vom Benzinger Bahnhof aus die Weiterreise nach Venedig angetreten. Kaiser Franz Joseph gab dem hohen Gaste bis zum Bahnhof das Geleit. Beim Abschied übergab auf dem Bahnhof Kaiser Wilhelm dem deutschen Botschafter persönlich das Großkreuz zum Roten Adlerorden. Bei dem Besuche des Herzogs von Cumberland war auch Kaiser Franz Joseph zugegen. Nach dem Frühstück stattete der Kaiser dem Herzog und der Herzogin von Cumberland einen Gegenbesuch ab, der etwa eine Stunde dauerte und ein herzliches Gespräch trug. Hierauf kehrte der Kaiser nach Schönbrunn zurück.

Elbing, 23. März. Eine bemerkenswerte Maßnahme zur Hebung der sozialen Lage der Landwirte hat die kaiserliche Gutsbesitzer in Königin getroffen. Auf ihre Veranlassung wird für jeden Arbeiter eine Versicherung in Höhe von 1000 M. bei der Provinzial-Lebensversicherungsanstalt Westpreußen abgeschlossen. Die Kosten hierfür werden von der Gutsbesitzer getragen. Das Kapital wird beim Tode des versicherten Arbeiters an seine Hinterbliebenen, beim Erleben des 55. bis 65. Lebensjahres an ihn selbst ausgezahlt.

Braunschweig, 23. März. Die Herzogin Viktoria Luise und der junge Prinz erfreuen sich unangesehnt des besten Wohlbefindens.

Kaiser Wilhelm in Wien.

\* Wien, 23. März. Seit langem hat ein Monarchenbesuch die Wiener nicht so freudig erregt wie das heutige Eintreffen Kaiser Wilhelms. Der Benzinger Bahnhof und seine Umgebung waren reich mit Girlanden und Fahnen in den deutschen und österreichischen Farben geschmückt. In die eigentlichen Bahnhofsräume wurde außerhalb des für den Kaiser, die Erzherzöge und sonstigen Würdenträger bestimmten Abzuges nur Publikum mit Einlasskarten zugelassen. Trotz des nebeligen und kalten Wetters hatten sich aber mehrere tausend Menschen eingefunden, um der Begrüßung Kaiser Wilhelms durch Kaiser Franz Joseph beizuwohnen. Um 10 1/2 Uhr waren sämtliche in Wien anwesenden Erzherzöge, die Herren der deutschen Botschaft in deutschen Uniformen und die Gesandten der deutschen Bundesstaaten sowie der Herzog von Cumberland in der Uniform seines k. k. Infanterie-Regiments Nr. 42 mit Hofmarschall Grothe erschienen. Um 11 1/2 Uhr brausten tausendstimmige Hochrufe von der Straße heran, und unter den Klängen der österreichischen und deutschen Kapellen betrat Kaiser Franz Joseph den Bahnhof in der deutschen Feldmarschallsuniform mit weissem Federbusch und Schwarzen Adlerorden. Um 11 Uhr nahm der Kaiser die Meldung von der Einfahrt des Zuges entgegen. Die Kapelle intonierte „Heil dir im Siegerkranz“. Langsam fährt der kaiserliche Sonderzug mit seinen langen, braunen Salonwagen in die Bahnhofshalle ein und hält im nächsten Augenblick mit dem kaiserlichen Wagen genau an jenem Platz, wo der greise, österreichische Kaiser Aufstellung genommen hatte. Klarfisch wie immer, verläßt Kaiser Wilhelm in österreichischer Marschallsuniform den Wagen und eilt auf Kaiser Franz Joseph zu, ihn herzlich begrüßend. Die Monarchen küßten sich zweimal und schüttelten sich die Hände. Dann sprach Kaiser Wilhelm die Herren des Gefolges an und verweilte in längerem Gespräch mit dem Herzog von Cumberland und den Erzherzögen. Man beobachtet das lebhafteste Mienenpiel, die temperamentvolle, freundliche Art des Kaisers während des etwa 7 Minuten dauernden Gesprächs mit dem Herzog. Kaiser Wilhelm richtete auch einige freundliche Worte an den Wiener Bürgermeister und die einzelnen Gesandten der deutschen Bundesstaaten. Nach dem Abschieden der Ehrenkompanie fuhren die Monarchen im offenen Wagen nach Schönbrunn, von einer nach vielen Tausenden zählenden Menschenmenge mit Hoch- und Heulrufen begrüßt. Vor dem Schloße hatten die seit gestern hier weilenden Mitglieder des Vespitzer Sängerkörpers Aufstellung genommen und begrüßten die beiden Monarchen mit dem deutschen Sängerkreis. Kaiser Wilhelm dankte für die Huldigung sichtlich erfreut.

Der Herzog von Cumberland beim Deutschen Kaiser.

\* Wien, 23. März. Kaiser Wilhelm war kaum in Schönbrunn mit der Begrüßung der Erzherzoginnen und der Vorstellung der Würdenträger fertig und hatte sich umgekleidet, als sich der Herzog von Cumberland zum Besuch bei dem Monarchen melden ließ. Der Besuch dauerte länger als eine Viertelstunde. Zum Dejeuner waren 60 Geladene erschienen. Um 1 Uhr empfing Kaiser Wilhelm den Professor Marschall, der ihm ein beinahe ein halbes Meter breites Bronzerelief unterbreitete, das der Kaiser bei ihm bestellt hat.

Zusland.

Der Fall Caillaux-Rochette.

Frau Caillaux im Verhör.

Frau Caillaux bestand am Sonnabend ihr erstes Verhör vor dem Untersuchungsrichter Boucard. Die Angeklagte wurde in einer Tagamendrosche, von zwei Geheimagenten begleitet, aus dem Gefängnis St. Lazare nach dem Justizpalast gebracht. Hier passierte sie ein Spalier von republikanischen Gardisten, die sie vor den Zuhörerschaften der im Justizpalast stets anwesenden zahlreichen Neugierigen schützen sollten. Die Angeklagte verdeckte mit einem dichten Schleier ihr Gesicht, um die Aufnahme durch die Photographen zu verhindern. Sie wurde

zuerst in das Zimmer des Staatsanwalts des Untersuchungsrichters geführt und unterhielt sich hier ungefähr 1/4 Stunde lang mit ihrem Verteidiger, Maître Labori, worauf sie vor den Untersuchungsrichter selbst gebracht wurde. Richter Boucard forderte sie zunächst auf, ihren Lebensgang zu schildern. Frau Caillaux begann:

Ich habe mich 1894 mit Herrn Leon Claretie verheiratet. Dieser Ehe entsprossen zwei Töchter. Die eine starb schon im Alter von 6 Monaten. Meine zweite Tochter Germaine ist heute ein Mädchen von 19 Jahren. Vor 6 Jahren ließ ich mich von Herrn Claretie scheiden. Die Ehescheidung ist gerichtlich zu meinen Gunsten ausgesprochen worden. Im Jahre 1911 verheiratete ich mich mit Herrn Caillaux, der damals Minister war. Es war eine Liebesheirat. Es bestand zwischen uns eine gegenseitige, tiefe Herzlichkeit, die durch nichts getrübt wurde. Unser beiderseitiges Vermögen gestattete jedem von uns völlige Unabhängigkeit. Ich habe stets aus innigster Anhänglichkeit zu meinem Gatten teilgenommen und beteiligte mich auch an seinen politischen Freuden und Sorgen. Bei diesen Worten brach Frau Caillaux in Tränen aus und schluchzte heftig. Als sie sich wieder beruhigt hatte, nahm sie ihre Aussage wieder auf und erklärte:

„Seit zwei Jahren wurde eine unwürdige Kampagne gegen meinen Gatten geführt. Bei jeder Gelegenheit wurde er angegriffen und namentlich wegen der Abtretung eines Teiles des Kongogebietes an Deutschland. Man lagte ihm förmlich an, den Konga an Deutschland verkauft zu haben. Mein Gatte war über diese Verleumdungen sehr erbittert. Diese Angriffe haben seit seinem Eintritt in das Kabinett Doumergue besondere Leidenschaftlichkeit angenommen. Ich erriet dies an der feindsinnigen Haltung, die ich um mich fühlte, sobald ich einen Salon betrat. Das mußte mich natürlich sehr empören, zumal wenn ich die tabelfreie Rechtfertigung meines Gatten dachte.“ — Hier mußte das Verhör abgebrochen werden, weil Frau Caillaux unfähig war, weiter zu folgen.

\* Paris, 23. März. Interessante Namen werden jetzt in die Affäre Caillaux-Calmette hineingezogen. Frau Caillaux erklärte am Sonnabend vor dem Untersuchungsrichter, nur die Angst vor der Veröffentlichung zweier intimer Briefe ihres Gatten habe sie zu der Verweigerungstat getrieben. Ihr Verteidiger Labori machte dem Untersuchungsrichter mehrere Persönlichkeiten namhaft, die als Zeugen in dieser Angelegenheit vernommen werden sollen. Darunter befindet sich die Fürstin von Monaco, die Gemahlin des bekannten Porträtmalers Chartran, die in der Pariser Gesellschaft eine große Rolle spielt, und die Prinzessin von Mesagne-Girardere. Letztere leitete seit dem Tode des Journalisten Ferrari die Rubrik im „Figaro“, „Aus der Gesellschaft“, bekanntlich eine der wichtigsten und gelesensten dieses Blattes. Die Prinzessin schied jedoch schon am 1. März dieses Jahres aus dem Redaktionsverband des „Figaro“ unter dem Vorwand aus, ihre Gesundheit bedürfe einer Erholung. In Wirklichkeit scheint jedoch der Pressespiegel Calmettes gegen Caillaux die fürstliche Journalistin zum Austritt aus ihrer Tätigkeit bewegen zu haben. Die Prinzessin soll nämlich in der Angelegenheit eine Rolle spielen. Jedenfalls steht fest, daß sie während des Festzuges des „Figaro“ dem Ehepaar Caillaux wiederholt Besuche abgetatet hat. Man nimmt daher an, daß sie es war, die der Frau Caillaux Informationen über bevorstehende Veröffentlichungen im „Figaro“ gemacht hat. Calmette ist übrigens kurz vor seinem Tod von seiner Gattin gerichtlich geschieden worden. Das Urteil war jedoch beiden Parteien amtlich noch nicht zugestellt worden, als Calmette unter den Augen der Frau Caillaux fiel. Infolge dessen tritt das Urteil nicht in Kraft, und Frau Calmette ist nicht die geschiedene Frau, sondern die Witwe des Verstorbenen. Calmette wollte sich in Kürze aufs neue verheiraten und zwar mit der Schwester der Frau des Luftspielchiers Feydeau.

Provoing und Ungenug.

Cöthen, 23. März. In der Konturmasse der Bankfirma Lüdicke und Müller liegen 60 bis 65% für die Gläubiger.

Esterwerda, 20. März. Trübe Erfahrungen machte der Viehhändler Johann Föhle aus Köderau, der sich mit seinem Fuhrwerk auf der Fahrt zum Schweinemarkt nach hier befand. In Gröbzig gestellte sich ein Mann zu ihm, der ihn bat, mitfahren zu dürfen, was ihm auch gestattet wurde. Föhle schloß unterwegs auf dem Wagen ein. Als er aufwachte, fand er sich mit seinem Fuhrwerk beim letzten Hause in Rößkitz wieder, also weitab von der Esterwerdaer Straße. Der Mißfahrende war verschwunden und mit ihm eine Lebertafel mit 326 M. in Gold, Scheinen und Silbergeld, die Föhle in der Brusttasche seines Jacketts trug.

\* Adersleben, 23. März. Schwierige Verhältnisse in der Kali-Industrie stellen die Kalimerte Adersleben in ihrem Jahresbericht in Aussicht. In den nächsten 3 bis 4 Jahren wird die Kali-Industrie nach dem Bericht der Verwaltung ohne Zweifel große Schwierigkeiten überwinden müssen, ganz abgesehen davon, daß die Auslandsfunde sich zu einer bedeutenden Gefahr ausmachen können. Nach genauer und vorfichtiger Zusammenstellung würden bis 1. Januar 1917 noch 80 Werke mit Quoten auszufaktieren sein. Über die Kaliegegnisse äußert sich die Verwaltung, wie folgt: Wir würden eine Gefehesnovelle aufgeben können, welche die Fehler des ersten gefeheslichen Eingreifens durch eine wirksame Verbindung von Neuanlagen beseitigt, ohne der schwer bedrängten Industrie neue Lasten aufzulegen. Nach den jüngsten Reichstagsverhandlungen und allem, was bisher über die Novelle in die Öffentlichkeit gedrungen ist, werden aber diese Erwartungen nicht erfüllt werden, da die Fischen der Einzelstaaten nicht geneigt sind, ihre durch das Reichstagsgesetz geschaffenen Vorteile wieder aufzugeben oder zu beschränken. Es wird daher mit dem Entstehen weiterer fischerlicher oder privater Kalimerte zu rechnen sein.

Köln, 21. März. Vergangene Woche fanden hier die Ergänzungswahlen zur Gemeindevertretung statt. Es schieden aus der handelsmann Gustav Prösdorf aus der 3. Klasse, der Baumeister Gustav Taubert aus der 2. Klasse, der Fleischhauer Albert Kämpfe aus der 1. Klasse. Das Ergebnis der Wahl war folgendes: der Handelsmann Gustav Prösdorf wurde von der 3. Klasse wiedergewählt, desgleichen fiel in der 2. Klasse

die Wahl abermals auf den Baumeister Gustav Taubert. Anstelle des für die 1. Klasse auscheidenden Fleischhauers Albert Kämpfe wurde der Zimmermann Paul Schönbach gewählt. Sämtliche Herren nahmen die Wahl an. — In einer vor kurzem in Hohenlohe abgehaltenen Versammlung wurde der Antrag auf Errichtung einer Fortbildungsschule seitens der Gemeindevertretung abgelehnt.

Tagewörter, 21. März. Freiwillig in den Tod gegangen ist die unverheiratete 20jährige Anna Schönburg aus Tagewörtern. Am Sonntag vormittag gegen 7 Uhr warf sich die Unglückliche in der Nähe der am Heuweg gelegenen Schrebergärten vor die Lokomotive des nach Hofbach fahrenden Zuges auf die Schienen und ließ sich überfahren. Die Körper gingen über den Leib und trennten den Körper in zwei Teile. Die Tat geschah so schnell und unerwartet, daß dem Lokomotivführer keine Zeit blieb, das Unglück abzuwenden. In einem hinterlassenen Briefe hat die Unglückliche ihren Pflegenden von ihrem Vorhaben Kenntnis gegeben. Der Grund zu der unheilvollen Tat liegt in einem unbeheblichen Leiden, mit dem die Unglückliche erblich belastet war.

\* Köfen, 22. März. Ein schweres Unglück hat sich gestern nachmittag auf dem hiesigen Bahnhofe zugetragen. Der hiesige Bahnarzt Dr. Kieger war nach einem Gespräch mit Bekannten schnell über das Gleis gegangen, um in den 12. Zug 1.38 Uhr einzusteigen. In dem Augenblick aber, wie er das Gleis überstrich, fuhr von der anderen Seite der Berliner Schnellzug herein. Dr. Kieger wurde von der Lokomotive erfasst und zermalmt.

Salsungen, 21. März. Die Begründerin der Kali-Industrie in Thüringen, Frau Franziska Hadra, geborene Lesser, ist jetzt in Berlin im 79. Lebensjahre gestorben. Frau Hadra ließ auf den Familie bei Kaiseroda in der Nähe von hier auf Kalksalz verliehenen Grubenfeldern Anfang der 90er Jahre auf Kalksalz mit Erfolg bohren. Durch diese Funde bei Kaiseroda wurde festgestellt, daß nicht nur im Saßfurter Becken und im Harz auf abbaubwürdige Kalilager zu rechnen sei, sondern daß man es auch in Thüringen mit ausgedehnten Kalilagern zu tun hatte. Auf Grund dieser Bohrungen entstanden in Thüringen und anderen Teilen Deutschlands viele Kalimerte.

Burgau bei Jena, 22. März. Hier hat in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag eine große Schlägerei stattgefunden. Dabei wurde ein russisch-polnischer Arbeiter getötet und 2 durch Schüsse schwer verletzt. 9 Ausländer wurden verhaftet. Die Schlägerei ist dadurch entstanden, daß der Wirt den bezehnten Ausländern das Bier verweigerte. Die anwesenden Ortsanwässigen kamen dem bedrängten Wirt zur Hilfe. Eine förmliche Schlägerei hat sich dabei entwickelt. In der Gaststube ist kein Stuhl ganz geblieben. Vor dem Hause sind die jungen Obstbäume umgeknickt worden, die man zum Zuschlagen verwendete. Weiter ist von beiden Seiten geschossen worden, teils mit der Feinte. Aus Jena wurde die Polizei zur Hilfe herbeigeholt. Das ganze Dorf ist in Aufruhr verlegt. Die Verhafteten wurden teils in die Klinik, teils in das Jenaer Polizeigefängnis geschafft. Der Tatbestand wurde durch das Gericht noch während der Nacht festgestellt. Der Staatsanwalt aus Weimar trat am Morgen in Burgau ein.

Jena, 22. März. Beim Spielen an der Saale erkrankten hier am Sonnabend nachmittag die beiden Kinder des Optikers Riedke. Die Knaben fanden im 12. und 13. Lebensjahre.

Weimar, 23. März. Ein Gefreiter des Jäger-Regiments zu Pferde in Vangelssaal, der hier zur Dienstleistung im Großherzoglichen Marfiall kommandiert war, stürzte auf dem Hofe des Marfialls bei einer Übung vom Pferde und erlitt so schwere Verletzungen, daß er geftern starb.

Stadtverordneten-Sitzung.

Merseburg, 24. März. Die gefternige Sitzung der Stadtverordneten wurde abends um 6 Uhr vom Vorsitzenden, Herrn Landesrat Bothe, eröffnet. Derselbe brachte zunächst ein an den Magistrat und die Stadtverordneten gerichtetes Schreiben des Ehrenbürger Gzellenz Freiherrn von der Rede zur Verlesung, worin derselbe für die ihm anlässlich der Wiederherstellung des alten Rathauses gelandeten Größe seinen herzlichsten Dank ausspricht und gleichzeitig seiner Freude Ausdruck gibt über die Wiederherstellung des schiedrigen Bauwerks, die nach allem, was ihm darüber zur Kenntnis gekommen sei, als eine bestens gelungene bezeichnet werden müsse.

Infolge Umbaus des Güterbahnhofs hat umweit der Weissenferrstraße ein Wasserrohr verlegt werden müssen, was 15 000 M. Kosten verursacht hat. Nach langwierigen Verhandlungen hat sich endlich der Gemeinderat bereit erklärt, diese Summe an die Stadt zu zahlen unter Abzug von 1500 M. Der Herr Vorsitzende bemerkt, daß dafür die Stadt Rodre im Werte von mindestens 1500 M. erhalten werde.

Es wird nunmehr in die Tagesordnung eingetreten. Der erste Punkt derselben betrifft Abgabe von Automaten. Berichterstatter Herr Stadtverordneter K a h l. Bisher kostete das Kubikmeter Automaten 20 Pfg. Es soll nun der Verzug gemacht werden, in den Monaten April bis August das Kubikmeter für 15 Pfg. abzugeben, sofern mindestens 15 Kubikmeter entnommen werden. Das Kollegium stimmt zu.

Der folgende Punkt betrifft Veränderung der Satzungen des Gasanstalt. Berichterstatter Herr Stadtverordneter Rohl. Es handelt sich um Abänderung des § 12. Bei einem Verbrauch von jährlich 20 000 Kubikmetern und mehr soll der Preis auf 8 1/2 Pfg. pro Kubikmeter festgesetzt werden, bei 15 000 Kubikmetern auf 10 Pfg., bei 10 000 Kubikmetern auf 11 1/2 Pfg. Dieser Rabatt wird jeweils am Schluß des Jahres dem Konsumenten zurückgerechnet.

Der Herr Berichterstatter bittet, dem Vorschlag des Magistrats zuzustimmen, die Gasanstalt müsse betreibend sein, insoweit Großkonumenten als möglich an sich zu ziehen.

Herr Stadtverordneter Mahl bittet, heute nach seinen Beschluß zu fassen, da ihm die Grenze für eine Ermäßigung des Gaspreises nach unten hin nicht weit genug gezogen erschiene; er hätte die Grenze lieber bei 5000 Kubikmeter gesehen. Ihm mache es den Eindruck, als wolle man speziell dem Pächter des Rathfelder-Restaurants gefällig sein, das solle sich aber gerade so gut erziehen, wenn man dort statt des Gaspreises eines anderen Kohlenbrenn installierte. Auf dem Rathhausbau hätte ja auch kein Zuzumachen zu sehen brauchen, ein Schornstein hätte denselben Zweck erfüllt. Er sei dafür, die Sache an eine gemischte Kommission zu verweisen. Man müsse fragen, ob für Gas nicht ein Einheitspreis erzielt werden könne.

Herr Stadtrat Blankenburg einigetein, einen Einheitspreis festzusetzen, sei nicht so einfach; er trage sich schon jahrelang damit, könne aber eine Beschlusseinstellung nicht in Aussicht stellen. Was die Verhältnisse im Rathfelder-Restaurant betrefte, so sei die Stadt verpflichtet gewesen, einen Gasbrenner zu stellen, wolle man es jetzt anders, so müsse der Pachtvertrag abgeändert werden.

Herr Volkraich ist auch für eine Verweisung der Sache an eine Kommission. Wenn der Rathfelder-Pächter nach dem jetzigen Tarif monatlich 260—270 M. für Gasgas bezahlen müsse, so könnte er allerdings

nicht auf seine Kosten kommen. Er (Kedner) würde auch einen Kohlenherd vorziehen, obgleich er sich im Voraus jagt, daß der Herr Vorredner die Baudeputation entscheiden gegen die Anbringung eines Schornsteins sich ausprechen werde.

Herr K o h l i t gegen einen solchen Schornstein. Herr Bürgermeister Dr. S a a d e führt aus, beim Aufstellen eines Gasherdes im Kattstaller habe das Betreiben obgemalt, etwas Modernes zu schaffen. Der Herr habe Gelegenheit gehabt, zu prüfen, ob er auskommen könne und habe sich mit einem Gasherd einverstanden erklärt. Absatz auf heimisches Gas zu gewinnen, sei nichts Neues, das finde man in jeder Stadt. Die Vorlage, welche heute der Magistrat mache, sei eine selbständige und habe mit der Kattstaller-Bewirtschaftung nichts zu tun, sie liege lediglich im Interesse der Stadt; man müsse etwaigen Anfeindungsflügen Vorteile in Aussicht stellen können.

Herr M a h l o hätte gewünscht, daß man bei Anlage des Kattstellers nach modernen Anschaffungen verfahren würde, nicht nur bezüglich der Aufstellung eines Gasherdes.

Herr Stadtrat V a n t e n b u r g wünscht, daß wir recht viele Groß-Konjumenten bekämen, besonders auch seitens der Inhaber von Luftfahrzeugen. Wüßten diese, daß sie in Merseburg billiges Gas bekämen, so sei auf ihr ökonomisches Interesse zu rechnen.

Herr L e i d m a n n tritt dafür ein, daß dem Groß-Konjumenten besondere Vorteile zufließen müßten, er sei anderer Ansicht, als die Herren K o h l i t und M a h l o.

Herr F r a u e n h e i m ist der Ansicht, die Anbringung eines Schornsteins und eines Schornsteins werde so gut wie keine technischen Schwierigkeiten machen; er sei für Einbringung einer gemischten Kommission.

Herr Dr. K a d e m a c h e r führt aus, mit der Kattstaller-Anlage habe die Vorlage nichts zu tun, die ihm im übrigen nicht weit genug gehe.

Herr Stadtvorordener E i c h a r d t ist sehr entschieden gegen eine besondere Kommission. Gas- und Baudeputation hätten die Vorlage geprüft, also bedürfe es keiner besonderen Kommission mehr. Wohin sollte es etwas führen? Herr M a h l o würde sich neben der Elektrizitäts-Kommission wohl auch keine andere Kommission haben gefallen lassen. Zudem benötigten wir für unsere neue Gasanstalt Geld, um die Schuld zu amortisieren, es müsse also danach getrebt werden, soweit Gas als möglich zu verkaufen.

Herr M a h l o vermahnt sich dagegen, als ob er Sonderinteressen vertritt, er vertrete nur die der Allgemeinheit.

Herr Stadtrat B a r t h behauptet den Ton der Debatte; er sei seit 26 Jahren in der städtischen Verwaltung tätig, habe aber solchen Ton nur selten gehört. Er erlierte man in behalte die Luft, weiter zu arbeiten.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Es kommt zur Abstimmung. Der Antrag des Magistrats wird angenommen, der des Stadtvorordneten M a h l o abgelehnt.

Der nächste Punkt betrifft Veränderung der Geschäftsordnung. Es wird zur Beratung der Angelegenheit eine Kommission gewählt, bestehend aus den Herren: Eise, Frauenheim, Kattstaller, Schröder und Zeigmann.

Der nächste Punkt betrifft Erhaltung von Straßen. Berichterstatter Herr Stadtvorordener M a h l o. Der Boranschlag für mehrere zur Pflasterung in Aussicht genommene Straßen hat rund 67 500 M. ergeben. Da diese Mittel nur schwer hätten aufgebracht werden können, hat man sich auf die Roonstraße beschränkt, was 16 500 M. erfordert. Die Summe wird bewilligt, sie soll dem Fonds für Straßenanlieger-Beiträge entnommen werden. — Es wird zugestimmt.

Die folgenden Punkte (Berichterstatter Herr Stadtvorordener Bernerle): Errichtung einer Parallelstraße, Kosten 360 M. (Mädchen-Mittelschule) und einer solchen an der 1. Volksschule (Kosten 2760 M.) werden durch Bewilligung der Summen erledigt.

Damit schloß die öffentliche Sitzung.

**Colloquies.**

**Merseburg, 24. März.**

\* **Dem Verwaltungsbereich des Kreises Merseburg** für das Jahr 1913 entnehmen wir aus der Abteilung Unterrichtswesen (Herr Kreisinspektor Minck-Merseburg) folgendes: Zum Schulaufsichtsbereich Merseburg 1 gehören in 59 Schulorten 225 Schulen, an denen 186 Lehrer und 26 Lehrern in 627 Klassen 11 500 Kinder unterrichten. 5 Schulen unterrichten der Leitung von Rektoren; die Zahl der Schulinspektoren beträgt 34. Das größte Schulsystem bildet die im Entstehen begriffene Mittelschule in Merseburg, in der augenblicklich von 27 Lehrkräften 1040 Kinder in 26 Klassen unterrichtet werden. Ihr reihen sich an die Volksschule 2 in Merseburg mit 22 Klassen, 24 Lehrkräften und 1110 Kindern, die Volksschule in Scheußwitz mit 22 Klassen, 23 Lehrkräften und 1360 Kindern, die Volksschule 1 in Merseburg mit 15 Klassen — 1 Hilfsklasse —, 16 Lehrkräften und 785 Kindern, die Volksschulen in Modelwitz mit 12 Klassen, 12 Lehrkräften und 626 Kindern, Schafstädt mit 8 Klassen, 9 Lehrkräften und 500 Kindern, Döllnitz, Ortsschulinspektion Burgliebenau, mit 7 Klassen, 6 Lehrkräften und 460 Kindern, Passendorf mit 6 Klassen, 5 Lehrern und 330 Kindern und Wehlitz mit 6 Klassen, 5 Lehrern und 330 Kindern. — Vierklassig sind die Schulen in Bernsdorf, Dellitz a. B., Holleben und Niederlobichau, dreiklassig in Frankeleben, Köhlingen, Meußlau, Neustetten, Niederweuna, Schopkau, Schladebach, Schlettau a. S., Spergau, Waldendorf und Zöschchen, zweiklassig in Beuschlitz, Ermlich, Großgräfendorf, Köhlig, Schötterley sowie die katholische Volksschule in Merseburg. Die übrigen Schulen — in Wgendorf, Blößen, Burgliebenau, Gollenbe, Gorbetha bei Merseburg, Gröllwitz, Cursdorf, Dölkau, Dörffwitz, Geusa, Göhlichitz, Günthersdorf, Jorsburg, Kirchföhrendorf, Kleinliebenau, Köhlichitz, Kriegerdorf, Leuna, Löben, Mörzitz, Oberthau, Pissen, Thalbüschl, Trebnitz, Wildersdorf und Zneimen — sind einklassig; Halbtagssunterricht ist in Crenpau, Raundorf, Raffnitz, Reipisch, Runstedt und Weßmar eingerichtet. Die kleinste Schule ist in Thalbüschl mit 12 Kindern. In Scheußwitz sind neben der Volksschule noch 3 Privatschulen vorhanden. In den Volksschulen in Merseburg, Scheußwitz, Modelwitz, Schafstädt und Döllnitz ist als das bewährteste das Stufen-System eingeführt. Stufen müssen trotz der vorhandenen 6 Klassen vorläufig die Schulen in Passendorf und Wehlitz bleiben, bis die Anmischlage der dortigen Hauptlehrer von 200 auf 700 M. erhöht ist. Der bauliche Zustand sowie die innere Ausstattung der Schulhäuser ist im allgemeinen zufriedenstellend. Neue, schöne und zweckmäßige Schulbauten sind im Jahre 1913 in Kriegerdorf, Bernsdorf und Beuschlitz errichtet worden. In Meußlau ist das Schulgebäude erweitert worden. Neubauten sind in Wehlitz, Merseburg und Frankeleben notwendig und zumeist schon in Aussicht genommen. — Im Besitze eines musterzügigen Schulgartens ist die Volksschule 2 in Merseburg.

**Bismarck-Brunnen.** Das Modell des Herrn Bildhauers Judoff zum Bismarck-Brunnen ist im Schaufenster der Pouchschen Buchhandlung ausgestellt.

**Gaspreise.** Die Preise für Kraftgas werden, wie gestern nach der Magistratsvorlage die Stadtvorordneten beschloßen, künftig betragen: Bei einem Jahresverbrauch von 10 000 Kubikmetern 11,5 Pfg. pro Kubikmeter, bei einem Verbrauch von

15 000 Kubikmetern 10 Pfg., bei einem Verbrauch von 20 000 Kubikmetern und mehr 8 1/2 Pfg. pro Kubikmeter.

\* **Die Triebwagen** konnten im Gebiet der preußisch-hessischen Staatsbahnen kürzlich ihr 10jähriges Jubiläum begehen und aus den wenigen Wagen, die ursprünglich verkehrien, sind im Laufe der Jahre rund 200 geworden. Der Triebwagenverkehr hat sich eingebürgert und die frühere Zurückhaltung des Publikums bei dessen Benutzung ist verschwunden. Das zeigt sich seit Jahren auch in den Direktionsbüros in Frankfurt und Mainz, wo die Zahl der Triebwagen ebenfalls ständig wächst. Die Triebwagen dienen in erster Linie dazu, um Zugläufen auf Hauptbahnen auszufüllen und Anschläge herzustellen. Auch für die Zukunft ist eine ständige Vermehrung der Triebwagen im Eisenbahnverkehr zu erwarten, zumal sie fortgesetzt verbessert werden und ihre Unabhängigkeit von den elektrischen Lokstationen immer größer wird.

**Vom Kaufe.**

**Merseburg, 24. März.**

Die gestrige Sitzung der Stadtvorordneten war geeignet, alle, welche sich für die finanzielle Lage unseres Gemeinwehns interessieren, mit einer gewissen Beorgnis für die Zukunft zu erfüllen. Nicht etwa, als ob irgendetwas unrationell wirtschaftet worden wäre, vielmehr liegt die Frage jo, ob wir in Zukunft von der Gasanstalt die gleichen Überschüsse zu erwarten haben werden, als bisher. Bis in den laufenden Etat hinein ist die Gasanstalt neben den Kommunalsteuern und den Überschüssen der Sparkasse dasjenige Objekt gewesen, welches die Kämmereikasse füllte, es scheint nun doch jo, als sollte das Gas in der Elektrizität Konkurrenz bekommen, die sich im Abfall fühlbar macht. In den letzten Jahren hat die M. E. G. ihr Kabelnetz erweitert, überhaupt in der Stromversorgung nicht mehr getan, als wozu sie verpflichtet war, es scheint nun jo, als hätten die festen Verhältnisse in der Stromversorgung, wie wir sie bekommen haben, auf den Konsum von Gas eingewirkt. Gleich berechtigt sind Gas und Elektrizität, wenn man sich mit der Veranlagung des Stadt- und Landbesitzes abgefunden hat, was keineswegs bei allen Leuten der Fall ist, so muß man im Interesse des Licht- und Kraft-Verbrauchers es mit Freude begrüßen, daß er zwischen Gas und Elektrizität wählen kann. Ob Merseburg als Industrie- resp. Gewerbsort groß genug ist, den Abfall für beide löhnd zu gestalten, muß die Zukunft lehren. Jedenfalls erscheint es wünschenswert, das führte gestern auch der Herr Dezernent des Gaswesens zutreffend aus, daß wir möglichst viele Groß-Konjumenten für Gas gewinnen, die daselbst dann zu niedrigen Preisen erhalten werden. Auch das Elektrizitätswert hat das gleiche Bestreben, möglichst viel Groß-Konjumenten zu gewinnen, und man darf diese frommen Wünsche von Herzen teilen, gleichzeitig ihnen aber eine Dosis Skeptizismus mit auf den Weg geben; denn mit der Anfechtung von Industrie und Gewerbe in Merseburg geht es sehr, sehr langsam von statten. Die ganze Debatte in der gestrigen Stadtvorordneten-Sitzung war herbeigeführt worden durch eine neue Staffellung für Gaspreise, und dies stand wieder in Zusammenhang mit dem Kattstaller-Restaurant. Der Preis für Heizgas, wie er bisher hat dort bezahlt werden müssen, steht in keinem richtigen Verhältnis zu dem, was der Pächter an den gelieferten Speisen erbringen kann. Nun hätte es zwar den Ausweg gegeben, der ja auch in der Debatte vorgeschlagen wurde, in dem Restaurant außer dem Gas noch einen Kohlenherd zu errichten, aber dann wäre anzunehmen gewesen, daß der Pächter künftig weit weniger Heizgas verbrauchen würde, als bisher, und das sollte möglichst vermieden werden. In der ganzen Angelegenheit liegt ein Symptom zu Ungunsten der Prosperität unserer Gasanstalt, von der wir alle wünschen, daß sie die starke Stütze für unsere städtischen Finanzen bleiben möge, die sie Jahre hindurch gewesen ist.

**An die Damen der Gesellschaft.**

Leider sind wir noch nicht jo weit, daß ein Gesetz den Theaterleitungen die Forderung der Kostüme für die weiblichen Mitglieder auferlegt, und wenn auch einige Theater in anerkennenswerter, sozialer Einsicht diesem Gesetzeszwange zugekommen sind, so bleibt doch noch unendlich viel zu tun, um all die Wünsche der weiblichen Bühnengebörigen in zufriedenstellender Weise befriedigen zu können. Eine segensreiche Arbeit leistet daher die Kostümmentrale des Frauen-Komitees der Genossenschaft deutscher Bühnengeböriger in Schöneberg bei Berlin. Mit froher Herlichkeit empfangen, erhält dort die junge Anfängerin oder mit kleiner Gage bedachte Schauspielerin Rat und Hilfe in allen Kostümmöglichkeiten. Je nach der Höhe ihres Einkommens ist sie imstande, sich für geringes Geld die Kostüme für ihr Rollenfach aus eigenen Mitteln anzuschaffen, ohne das für künstlerisch feine fühlende Naturen doppelt beschämende Empfinden einer Spende mit hinwegzunehmen oder gar das äußere Mißgeheug für ihren schönen Beruf mit der Preisgabe ihrer weiblichen Ehre erkaufen zu müssen.

Gerade der jetzige Zeitpunkt, wo die festlichen Veranstaltungen des Winters ihrem Ende entgegengehen, erscheint es nun doppelt geeignet, an alle Damen der Gesellschaft, denen es vergönnt war, in farbenfrohen Toiletten beim Spielenden Glanze des elektrischen Lichtes dem gefelligen Frohsinn zu ludigen, die Bitte zu richten, ihren Toilettenfundus einmal daraufhin durchzugehen, ob ihnen nicht das eine oder andere, allerdings noch in gutem Zustande befindliche Kleid entbehrlieh ist, um es dem Garterobefunden der Kostümmentrale zuführen zu können. Desgleichen werden dort Schube, Strümpfe, Spitzen, Maskentoffen, wie Bäuerin, Jägerinnen, altschöne, spanische Kostüme usw. mit herzlichem Danke entgegengenommen. Es ist eine hohe und schöne Pflicht der deutschen Frau, ihre Mitgeschwestern bei dem schweren, sozialen Kampfe im Dienste ihrer Kunst zu unterstützen und mitzuarbeiten daran, daß „die heilige, deutsche Kunst“, die uns Wagner in seinen Meisterfingern preist, auch von reinen, deutschen Frauen und Mädchen verwaltet wird.

Die Ortsgruppe des allgemeinen, deutschen Frauenvereins hat in Leipzig eine Sammelstelle und ist gern bereit, freundschaftliche

liche Zuwendungen daselbst, Anselstraße 2, III, entgegenzunehmen und ihrem Bestimmungsorte zuzuführen. Der Dank aller derer, denen das Wohl der deutschen Kunst am Herzen liegt, wird den gütigen Spendern gewiß sein.

**Bermittltes.**

**Frankfurt, 23. März.** In der Streitsache zwischen dem Mannheimer Rechtsanwalt von Harber und dem bayerischen Landtagsabgeordneten Abrech aus Neustadt a. S., in dem es sich um mehrere Millionen M. handelt, ist heute Landtagsabgeordneter Abrech verhaftet worden. — Es handelt sich bei dieser Angelegenheit, in der von beiden beteiligten Seiten in süddeutschen Blättern mehrfach Erklärungen veröffentlicht wurden, um die Verwaltung des großen Vermögens eines Fräuleins Elise von Harber, der Tochter eines Mannheimer Rechtsanwalts. Der bayerische Landtagsabgeordnete Abrech, der mit Rechtsanwalt von Harber seit länger Zeit in geschäftlicher Beziehung stand, hatte mit Fräulein von Harber bestimmte geschäftliche Abmachungen getroffen, gegen die der Senior der Familie von Harber, Professor Dr. Böhling-Harber, Protest erhob. Letzterer veröffentlicht jetzt in der Böhling'schen Korrespondenz eine neue Erklärung, in der er u. a. mitteilt, daß Fräulein Elise von Harber, um sich und ihr Vermögen aus der Gewalt des Herrn Abrech zu retten, vorläufig einmündig und er, Professor Böhling, hat Fräulein von Harbers Vollmachten an Herrn Abrech kraft seines Amtes annulliert und die von ihr mit Herrn Abrech getroffenen Vereinbarungen für nichtig erklärt.

**Berlin, 23. März.** Der polnische Religionslehrer Chencinski ist wegen der Teilnahme an den polnischen Kirchendemonstrationen verhaftet worden.

**Frankfurt a. M., 23. März.** Der Gismörder Hopf ist heute früh 7 Uhr hingerichtet worden, nachdem der König von seinem Begnadigungsrecht seinen Gebrauch gemacht hatte.

**Bremen, 23. März.** Zwischen Barnstorf und Drebbler wurden vom 10. Zug 94 zwei Frauen und ein zweijähriges Kind bei unbefugtem Überschreiten der Gleise überfahren. Eine Frau und das Kind wurden getötet, die andere Frau schwer verletzt.

**Graz, 22. März.** Auf Anordnung der Grazer Staatsanwaltschaft wurde, wie die „Graz'er Tagespost“ meldet, die Gattin des Komponisten Hans Baron von Jois geborene Schmidt in ihrer Wohnung verhaftet und dem Landgerichtsjugamt eingeliefert. Sie steht unter dem Verdachte, sich der Kindesunterstützung schuldig gemacht zu haben. In der gleichen Angelegenheit wurden eine Hebamme und das Dienstmädchen Elise Hirth verhaftet. Der Affäre liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Der Ehe des Freiherrn von Jois war bisher eine Tochter, aber kein Stammhalter entpflossen. Von einem Verwandten war nun verfügt worden, daß dem Ehepaar Jois im Falle der Geburt eines Knaben der Nießbrauch von etwa 100 000 Kronen zufallen sollte. Da jedoch der Stammhalter ausblieb, kam Baronin Jois auf den Gedanken, einen männlichen Sprößling zu unterstehen. Eine Hebamme, an welche sie sich wandte, erklärte sich auch bereit, ihr dabei behilflich zu sein. Das Dienstmädchen Elise Hirth war damit einverstanden, ihren neugeborenen Knaben der Baronin Jois zu übergeben. Das Kind wurde dann als Kind der Baronin Jois ausgegeben und am 4. Februar auf den Namen Egon Baron von Jois getauft und in die Pfsten der Dompfarrde als eheliches Kind des Hans Freiherrn von Jois und seiner Gemahlin eingetragen. Durch die auffallende Eile, mit der die Baronin nach der angeleglichen Geburt ihre Erbanprüche auf den Nießbrauch der 100 000 Kronen geltend machte, wurde der Verdacht erweckt, daß eine Kindesunterstützung vorliege. Eine in der Wohnung des Barons vorgenommene Sausuchung förderte sehr belastendes Material zu Tage. Als die Gerichtskommission in der Wohnung des Barons erschien, wollte sich Baron Jois aus dem Fenster stürzen, wurde jedoch von Detektiven rechtzeitig daran gehindert. Baron Jois wurde ebenfalls dem Landgericht eingeliefert.

**Kleines Feuilleton.**

**Zu dem Meher Duell-Standort** wird noch berichtet: Auf Grund der Beweisaufnahme kam das Gericht zu folgender Anschauung: Am Sonnabend vor Fastnacht lernte Leutnant von La Valette Frau Haage näher kennen. Er hatte an diesem Tage mit ihr verabredet, ohne daß der Ehemann wüßte, daß er ein Fastnachtstösium befragen wolle, um sie auf das Kasinoballfest zu führen. Er hatte sich ein Zimmer gemietet und veranlaßte Frau Haage, dort das Kleid anzulegen, was längere Zeit in Anspruch nahm. Der Ehemann, der dies erfuhr, war darüber sehr erregt. Leutnant von La Valette hatte von dieser Erregung Kenntnis und veranlaßte Frau Haage, ihrem Gatten zu sagen, daß sie das Kostüm in einem Maskenverleihgeschäft ausgeliehen und auch dort angezogen habe. Später erfuhr der Ehemann doch den ganzen Tatbestand. Er hörte auch, daß Leutnant von La Valette seiner Frau die Taille zugehakt, ihr Haar mit Blumen geschmückt und sie geküßt habe. Vier Fastnacht-Dienstag hatten sich Leutnant Haage mit seiner Frau und Leutnant von La Valette verabredet, den Kasinoball zu besuchen. Hier hatte sich Frau Haage mit Leutnant von La Valette im Wagen entfernt, um, wie Frau Haage angab, sich ein Kostüm bei ihrer Schneiderin zu holen. Leutnant von La Valette fuhr mit Frau Haage wieder in seine Wohnung und ließ den Wagen vor seiner Tür warten. Durch den Kutscher erfuhr der Ehemann von der ganzen Angelegenheit. Das Gericht ging über das Mindestmaß von 2 Jahren Festungshaft hinaus, da der Angeklagte die Ursache des Duells war. Er veranlaßte auch die Frau, in ein Lokal zu gehen, das nicht einwandfrei ist. Es wurde daher von La Valette für unwürdig befunden, weiterhin der Armee anzugehören.

**Abwechslung in die Krankenstöße** zu bringen, ist eine wichtige Aufgabe aller derer, die für die Erhaltung von Kranken und Konvaleszenten zu sorgen haben. Eine schätzenswerte Hilfe bietet hierbei das „Ruf e r“-Kochbüchlein, denn es zeigt in 104 praktischen und leicht auszuführenden Rezepten, wie abwechslungsreich man den Speisetisch gestalten kann, wenn man das als vorzüglich anerkannte „Ruf e r“ in der Krankenstöße gebraucht. Das Büchlein, das sich großer Beliebtheit erfreut, ist in Apotheken und Drogerien gratis erhältlich.

**Bekanntmachung.**

Die Herren Ortssteuerheber werden unter Hinweis auf Artikel 27 der Anweisung der Königlichen Regierung vom 28. Januar 1895, betreffend die örtliche Erhebung der direkten Staatssteuern und Renten (Sonderbeilage zum 7. Stück des Regierungsamtsblattes vom Jahre 1895) und auf die Amtsblattbekanntmachung der Königlichen Regierung vom 29. März 1895 (Stück 15 Nr. 473) aufgefordert,

1. die Verzeichnisse der am Schlusse des Etatsjahres etwa verbliebenen Einkünfte an Einkommen- und Erbschaftsteuer bis **spätestens zum 12. April d. Js.**

2. die Verzeichnisse der bis zum 31. d. Mts. nicht eingelassenen Gewerbesteuer bis zum **10. April d. Js.** an die unterzeichnete Kasse einzureichen.

Zu den Restverzeichnissen oben zu 1 ist das Seite 103 des Regierungsamtsblattes vom Jahre 1896, zu den Restverzeichnissen oben zu 2 das Seite 122 des Amtsblattes vom Jahre 1895 vorgeschriebene Schema zu verwenden.

Zu weisen noch besonders darauf hin, daß diese Restverzeichnisse von der Steuerklasse oder von dem Ortssteuerheber anzustellen und vom Magistrat, dem Gemeinde- oder Ortsvorstande als richtig zu beschleunigen sind.

Entsprechend die Restnachweisungen dieser Vorschrift nicht, dann kann eine Berücksichtigung der Reste nicht erfolgen.

Merseburg, den 23. März 1914.  
Königliche Kreisstaße.  
G e l b e.

**Bekanntmachung.**

Die diesjährigen Frühjahrskontrollversammlungen finden nach einer Bekanntmachung des königlichen Bezirks-Kommandos in Weisenfels vom 11. März 1914 am 6. und 7. April d. Js. im Geringerhaus des 3. Bataillons des Infanterie-Regiments 153 hierelbst statt.

Hierbei haben sich vorzustellen: am **6. April, 9.15 Vormittags** die gebienten Mannschaften des Stadtbezirks der Jahresklassen 1901, 1902, 1903, 1904 und 1905 (mit Ausnahme solcher Mannschaften, die in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1902 in den Dienst getreten sind, ferner derjenigen, die 3 Jahre und länger gebient haben und in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1904 eingestellt sind), am **6. April, 11 Uhr Vormittags** die gebienten Mannschaften des Stadtbezirks der Jahresklassen 1906, 1907, 1908 und 1909, am **6. April 2.30 Uhr**

nachmittags sämtliche Ersatzreservisten des Stadtbezirks, am **7. April, 9.15 Uhr Vormittags** die gebienten Mannschaften des Stadtbezirks der Jahresklassen 1910, 1911, 1912 und 1913, am **7. April, 11 Uhr Vormittags** sämtliche Reservisten, Wehrleute 1. Aufgebots und Ersatzreservisten des Landbezirks.

Die Militärpapiere mit Kriegsbeurteilung sind mitzubringen.  
Merseburg, den 20. März 1914.  
Der Magistrat.

**Bekanntmachung**

Diesjährigenabfälle aus dem städtischen Krankenhaus auf die Zeit vom 1. April 1914 bis 31. März 1915 sollen versteigert werden.

Termin hierzu wird auf **Mittwoch, den 25. März d. Js. Vormittags 11 Uhr** im Ausschuß-Sitzungszimmer, Rathhaus 1 Treppe anberaumt.  
Merseburg, den 17. März 1914.  
Die Krankenhaus-Deputation.

**Zwangsvollstreckung.**

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll das in Keuschberg belegene, im Grundbuche von Keuschberg Band 13 Blatt 365 zur Zeit der Eintragung des Verpfändungsvermerkes auf den Namen des Wäldermeisters **Paul Spoit in Keuschberg** eingetragene Grundstück, Wohnhaus mit Hofraum Nr. 9, untermessert, mit 496 W. Nutzungswert Grundsteuerunterrolle Art. 417, Gebäudesteuerrolle Nr. 17 am **25. Mai 1914, nachmittags 2 1/2 Uhr** durch das unterzeichnete Gericht, an Ort und Stelle im Gasthof zu den „Grandieren“ in Keuschberg versteigert werden.  
Merseburg, den 16. März 1914.  
Königliches Amtsgericht.

**Sparkasse**

nimmt noch Anträge für gute 1. Hypotheken an. Ausführende Anträge um **E. 63 Prommhold & Kretschmar**, Leipzig erbet.

**Wasserdicht imprägnierte**

**Yoden = Kostüme** für Damen, Schneiderarbeit, daher tadelloser Sitz und sauberste Konfektion, empfiehlt in allen Größen.  
**H. Schnee Nachfl.**, Halle a. S., Gr. Steinstr. 84.

**Mittelschule.**

Die Zeichnungen und Handarbeiten unserer Schule sind **Donnerstag, den 26. 3., von 2-6 Uhr** im Saale der Knabenschule ausgestellt. Die Eltern unserer Kinder und Freunde der Schule werden zur Besichtigung ergebens eingeladen.  
Der Rektor. S e h m i s c h.

Am Sonnabend, den 28. März 1914, abends 8 Uhr, Unteroffizierabend des Landwehrbezirks Weisenfels im Hotel „Kronprinz“ in Zeitz, Badstaben-vorstadt.  
Bezirkskommando Weisenfels.

**Bürger-Verein für städtische Interessen. Generalversammlung**

Mittwoch, den 25. März 1914, abends 8 1/2 Uhr, im „Tivoli“.

- Tagesordnung:
1. Berlesen des letzten Protokolls.
  2. Rechnungslegung, Entlastung des Kassierers.
  3. Vorstandswahl.
  4. Festsetzung des Jahresbeitrages.
  5. Verschiedenes. — Darunter: Volksschul- u. Turnhallenbau.
- Gäste haben Zutritt. Um zahlreichen Besuch bittet  
Der Vorstand.

**Haus- und Grundbesitzer-Verein, E. V. Generalversammlung**

am 27. März cr., abends 8 1/2 Uhr, im „Herzog Christian“.

- Tagesordnung:
1. Berlesung des letzten Schriftsatzes.
  2. Jahresbericht.
  3. Erled. u. Entlastung der Jahresrechnung.
  4. Wahl der Vorstandsmitglieder.
  5. Feststellung des Jahresbeitrages.
  6. Verschiedenes.
- Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder (auch Damen) erwünscht.  
Der Vorstand.  
R o e n n e l e, Vorsitzender.

**Futtermöhren,**

v. Gr. Ml. 120, bei Mehraufnahme entsprechend billiger, verkauft solange Vorrat reicht.  
**Rittergut Gewia.**

**Geflügel, Wild, Fluß- und Seefische,**

empfehlen  
**C. Louis Zimmermann.**

Bestellungen erbitte rechtzeitig.

Merseburg. Adolf Schäfers Nachf. Entenplan 7  
**Karl Zänzer**  
Spezialgeschäft für Damen- und Kinder-Wäsche, Schürzen aller Art.  
Vollständige Wäsche-Ausstattungen.  
Fernspr. 259.  
Massigste Preise. Große Auswahl. Solide Qualitäten.

**Lyzeum.**  
Die Nadelarbeiten der Schülerinnen des Lyzeums sind am **Montag, den 30. März, nachmittags von 3-6 Uhr**, in der Aula öffentlich ausgelegt.  
Die Eltern der Schülerinnen, sowie alle Freunde der Anstalt werden zum Besuch der Ausstellung hierdurch ergebens eingeladen.  
Merseburg, den 11. März 1913.  
Der Direktor.

**Ratskeller-Restaurant.**  
Mittwoch, den 25. März, von 7 Uhr ab  
**Unterhaltungsmusik,** ausgeführt vom Stadtorchester.  
**Otto Riebler.**

**Wiesenverkauf.**  
Die zur Paul Glah'schen Konkursmasse gehörige Wiese, an Steinhersberg gelegen, Parzelle 247 von 17 ar 20 qm Größe, soll öffentlich meistbietend verkauft werden.  
Zur Abgabe von Geboten habe ich Termin am **Mittwoch, den 25. März cr., vormittags 10 Uhr** in meinem Exmploir, Große Ritterstraße 27 anberaumt, wozu ich Kauflustige hiermit einlade.  
Merseburg, den 20. März 1914.  
**Paul Thiele, Konkursverwalter.**

**Tanzunterricht!**  
Die Tanzkurse für die Herren Schüler beginnen nach den Osterferien.  
Gelehrt werden die neuesten Gesellschafts-Tänze.  
Geschäfte **Anmeldungen** erbitte in meiner Wohnung **Schmale Straße 16, 11.**  
Hochachtung  
**Göbeling, Lehrer der Tanzkunst.**

**Wegen Umzug nach Markt 8**  
verkaufe ich mein ganzes Lager von  
Zuglampen, Kronleuchtern, Gaskochern, sowie sämtlichen Beleuchtungskörpern für Gas und Petroleum, Haus- und Küchengeräte,  
zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen.  
Nur bis Sonntag den 29. März.  
**Carl Höser, Markt 7,**  
Infallationsgeschäft für Gas- und Wasseranlagen, Klosett- und Badeeinrichtungen.

**Braunkohlenbrifetts.**  
Alleinverkauf für einzelne Stationen und kleinere Bezirke an solvente Kohlenhändler zu vergeben. Anfragen unter **P. K. K. 23** an die Expedition dieser Zeitung erbeten.

**Meine grosse Auswahl in Herren- u. Knaben-Garderobe**  
bietet Ihnen die sicherste Gewähr, bei billigsten Preisen ein wirklich gut sitzendes, elegantes Stück zu erhalten und wird durch Auswahl der neuesten Formen in gediegenen, aparten Stoffen auch dem verwöhntesten Geschmack Rechnung getragen.  
**Vornehme Mass - Anfertigung.**  
Meine Prinzip ist, bei soliden Preisen nur gut sitzende Garderobe unter Hinzunahme bester Zutaten herzustellen.  
**Allein-Verkauf der echten Bleyle - Anzüge und Sweater.**  
**Berufs- und Arbeiter-Kleidung** in bekannt bester Qualität zu billigsten Preisen.  
Entenplan 9. **Otto Dobkowitz.** Entenplan 9.

**Eine Qualitätsmarke ersten Ranges! Allbewährt, überall beliebt und unübertroffen!**  
**Henkel's Bleich-Soda**  
Henkel & Co. Düsseldorf.  
Man achte ausdrücklich auf den Namen **Henkel** und weise minderwertige Nachahmungen zurück!